

12.04.2017 - 17:00 Uhr

## Media Service: EU-Direktive PSD2 sorgt für Zoff unter Schweizer Banken

Zürich (ots) -

Die EU-Direktive Payment Services Directive 2 (PSD2) führt zu Ärger bei Schweizer Banken. Die Finanzinstitute sind sich uneins, wie mit PSD2 zu verfahren ist, schreibt die «Handelszeitung». Ab nächstem Jahr gilt die Direktive in der EU. Sie zwingt Euro-Banken, Kontoinformationen mit Drittanbietern zu teilen, wenn die Kontoinhaber dies wünschen.

Gegen einen «gesetzlichen Zwang der Öffnung» wehrt sich die Schweizerische Bankiervereinigung SBVg, «da die Gefahr der Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der Finanzinstitute bestehen würde». Die Börsenbetreiberin SIX Group begrüsst eine «Harmonisierung der Standards im Zahlungsverkehr im europäischen Raum». Und die sich im Bundesbesitz befindende Postfinance rechnet gar damit, dass die «Geschäftsmodelle im Zuge der PSD2 für Dritte geöffnet werden».

Obwohl die Schweiz die EU-Direktive nicht zwingend übernehmen muss, rollt Bundesbern derweil im Fintech-Gesetz solchen Drittanbietern den roten Teppich aus. So sieht der Vernehmlassungsentwurf vor, dass sich PSD2-Firmen wie Kontovergleichsdienste der Finanzmarktaufsicht Finma unterstellen können. Das federführende Staatssekretariat für internationale Finanzfragen sieht in der Aufsicht ein «Qualitätslabel». Für Thomas Puschmann vom Swiss Fintech Innovation Lab der Universität Zürich ist es mehr als das: «Die angedachte, freiwillige Regulierung von Third-Party-Providern ist ein erster Schritt, PSD2 auch in der Schweiz einzuführen.»

Kontakt:

Nähere Auskunft erhalten Sie unter Tel. 058 269 22 90

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100801368> abgerufen werden.